



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 2. Juni 2021

Von Wolfgang Liedtke

In der Juni-Sitzung wird jeweils die Jahresrechnung der Stadt beraten. Damit verbunden ist eine ausserordentliche, will heissen verlängerte Fragestunde. Beide Traktanden sorgen in der Regel für eine lange Sitzung. Nicht aber in diesem Jahr.

Mitteilungen

Ungewöhnlich war bereits, dass neben einer Information des Ratspräsidenten über die Konstituierung des Büros für das Amtsjahr 2021/2022 keine weiteren Mitteilungen erfolgten.

Ausserordentliche Fragestunde

Verschiebung der Bushaltestelle Adliswil-Sunnau – Soodring – Genauigkeit von Radar-Blitzern – Videoüberwachung bei Bildungseinrichtungen

Mit einer mündlichen Frage erkundigte sich Gabriel Mäder (GLP) in der vergangenen Sitzung, welche Regelung für die in Richtung Adliswil verschobene Bushaltestelle Adliswil-Sunnau gelten soll. Angekündigt worden war, dass diese Bushaltestelle sowohl der ZVV-Zone 110 als auch 150 zugeordnet würde, so dass keine Nachteile für die Nutzer des öffentlichen Verkehrs entstünden. Tatsächlich aber würde der ZVV bei Fahrten von Sunnau nach Zürich Tickets für zwei Zonen verlangen. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) lieferte in dieser Sitzung die Antwort: Die Haltestelle ist jetzt aus Kulanzgründen sowohl der Zone 150 wie auch 110 zugeordnet. Die ZVV hatte dies bereits vor einigen Wochen angekündigt, konnte jedoch aus systemtechnischen Gründen die neue Zuordnung erst ab 1. Juni anbieten.

Hanspeter Clesle (EVP) bezog sich auf die Pläne für die Umgestaltung des Soodrings und wollte wissen, wann mit der Realisierung zu rechnen ist und was an Vorbereitungs-massnahmen noch fehlt. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass die Stadt hier abhängig von kantonalen Stellen sei, angefangen beim Betriebs- und Gestaltungskonzept über die Projektierung bis zur Submission. Wegen einer Umorganisation der kantonalen Behörde – aus dem Amt für Verkehr wurde das Amt für Mobilität – gab es zusätzliche Verzögerungen, so dass mit dem Abschluss des Umbaus nicht vor 2025 zu rechnen sei.

Heinz Melliger (FW) hatte erfahren, dass bei Radargeräten vom Typ LeivTec XV3 grosse Messungenauigkeiten bestehen. Er erkundigte sich deshalb, ob dieser Typ auch in Adliswil eingesetzt werde, wie oft die Adliswiler Blitzgeräte geeicht werden und welche Kosten damit verbunden seien. Stadträtin Susy Senn (FDP) erklärte, dass der genannte Typ in Adliswil nicht verwendet wird. Die Radar-Blitzer würden jährlich vom Eidgenössischen Institut für Metrologie geeicht, was jährliche Kosten von 1400 bis 1500 Franken verursache.

Xheli Etemi (SP) fragte in Zusammenhang mit der angekündigten Videoüberwachung von fünf Schulhäusern, ob es vorgängig Versuche gegeben habe, den beschriebenen Vandalismus durch präventive Massnahmen wie aufsuchende Jugendarbeit in den Griff zu kriegen und ob diese Jugendarbeit auch neben der Videoüberwachung fortgesetzt werde. Ausserdem wollte er wissen, warum die Videoüberwachung gleich an fünf Schuleinheiten eingesetzt werden soll, ohne über Erfahrungen zu verfügen, inwieweit sich das Anbringen von Graffitis und Tags mit solchen Überwachungsanlagen überhaupt verringern lässt und ob die Täter mittels der Aufnahmen überhaupt ermittelbar sind.

Stadträtin Karin Fein (FW) erläuterte, dass präventive Jugendarbeit angewendet wurde und wird. Auch die Polizeipräsenz sei verstärkt worden. Aber diese Massnahmen seien

unverhältnismässig teuer und hätten nicht zur Reduktion von Vandalenakten geführt. Die Videoüberwachung werde jetzt an den fünf am stärksten betroffenen Schulanlagen getestet und nachher auf weitere Anlagen ausgedehnt. Daniel Schneider (Grüne) erkundigte sich nach Zahlen zu den verursachten Schäden und nach einem Zusammenhang mit den Einschränkungen für Jugendliche durch die Corona-Pandemie. Karin Fein erklärte, dass bis 2019 über 100 Fälle mit einer totalen Schadenshöhe von ca. 67.000 Franken festgestellt wurden. 2020 waren es über 70 Fälle und im laufenden Jahr bereits 26 Fälle. Anhand der Zahlen liesse sich kein Zusammenhang mit der Pandemie erkennen.

Jahresrechnung 2020

Der Präsident der RPK Thomas Iseli (FDP) eröffnete die Eintretensdebatte mit einer Gesamtsicht auf die Rechnung. Er stellte fest, dass dies das erste negative Ergebnis nach 13 positiven Jahresrechnungen sei. Die Lage hinsichtlich des Eigenkapitals sei aber solide, die durch die Corona-Pandemie verursachten Kosten waren 2020 bescheiden. Das negative Jahresergebnis habe vor allem mit den nicht abgeschlossenen Steuerauscheidungen des Kantons zu tun. Er wies darauf hin, dass die getätigten Investitionen um 28 Prozent unterhalb des Budgets liegen.

Adliswil sei um 15 Prozent gewachsen, die Schülerzahlen sogar um 29 Prozent. Dies sei erfreulich, aber auch mit Kosten verbunden. Die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse verursache Kosten von 2,5 Mio Franken. Er hob aber anerkennend hervor, dass die Kosten pro Schüler in Adliswil gesunken seien.

Zur Form der Jahresrechnung stellte er fest, dass die Vergleichbarkeit mit früheren Jahresrechnungen wegen der Umstellung auf HRM2 noch nicht gegeben sei. Er lobte jedoch eine Erweiterung der Kommentare, die eine Beurteilung des Zahlenwerks erleichtert hätten. Abschliessend bemängelte er das Fehlen einer Übersicht der Überstundensaldi, wie vor Jahren mit dem Stadtrat vereinbart. Er ermahnte ausserdem, angesichts der engeren finanziellen Verhältnisse alle Geschäfte auf Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen. Mit Verweis auf den anstehenden Umzug ins neue Stadthaus stellte er fest, dass man nicht alle Einrichtungsgegenstände neu anschaffen müsse (die Ausstattung vieler städtischer Büros mit USM-Möbeln ist seit Jahren ein stetiger Kritikpunkt bei der Rechnungsprüfung).

Daniela Morf (SVP) lobte die positive Kostenentwicklung in den meisten Ressorts und bezweifelte wie jedes Jahr, dass das Kostenwachstum in der Verwaltung mit dem Bevölkerungswachstum zusammenhänge. Sie erkannte noch Sparpotenzial bei vielen kleineren Beträgen («Es geht um das Prinzip.») und vertrat die Ansicht, dass weitere Einsparungen ohne Leistungseinschränkungen möglich seien. Sie kündigte die Zustimmung der SVP-Fraktion zur Rechnung an.

Esen Yilmaz erklärte im Namen der SP-Fraktion: *Die Jahresrechnung 2020 weist einen Aufwandsüberschuss von Fr. 2.20 Mio. nach Einlage von Fr. 6.70 Mio. in die finanzpolitische Reserve aus, somit Fr. 6.90 Mio. tiefer als budgetiert! Das Eigenkapital nimmt erfreulicherweise um Fr. 1.01 Mio. zu und liegt neu bei satten Fr. 97.16 Mio., welches wiederum die langfristigen Verbindlichkeiten und Rückstellungen um Fr. 17.00 Mio. übersteigt! Zudem hat sich die projizierte Nettoverschuldung pro Einwohner nicht bewahrheitet, denn beim Budget 2020 spricht der Stadtrat von Fr. 5'478.00.00, effektiv sind es nur Fr. 3'134.00! Sichtbar sind die minderen Fiskaleinnahmen von Fr. 31.60 Mio., welche sich durch Steuerauscheidungen, Gewinnsteuern von juristischen Personen und den Quellensteuern ergeben.*

Bei den natürlichen Personen jedoch zeigen die Einnahmen trotz der Pandemie ein positives Bild, was sehr erfreulich ist. Durch die vorhergehende HRM und den Kontoverschiebungen ist die Vergleichbarkeit auf das letzte Jahrzehnt leider fast nicht möglich. Trotzdem fällt auf, dass die hohen Investitionen wiederum ein Effekt des Investitionsstaus sind, da es sich um längst fällige Infrastrukturprojekte handelt! Die grossen Neuquartiere Büchel, Dietlimoos und Grüet, sowie die laufenden Entwicklungen entlang der Zürichstrasse zeigen mit dem Finger auf uns

– der prognostizierte Bedarf an Schul- und Freizeitinfrastruktur wird vermutlich nicht ausreichen! Denn Adliswil soll für Alt und Jung sowie für Singles und Familien mit Kindern und nicht nur für «double-in no out's» interessant sein. Also für alle Gruppen!

Wir können den Finanz-Ping-Pong der vorhergehenden Stadträte, welche Ihre Jahresrechnungen durch den Verkauf von Liegenschaften beschönigten, zum Glück nicht mehr nachahmen. Denn diese Jahresrechnung weist den Stadtrat in die Schranken ein und verlangt mehr Innovation, als nur dem Verkauf von Liegenschaften nachzutruern und auf eine projizierte Steuererhöhung hinzuweisen.

Mehrmals wurde im Parlament die Forderung laut, dass eine Wirtschaftsstrategie forciert, aktiv gefördert, rapportiert und vom Stadtrat so schnell als möglich umgesetzt wird. Erwähnenswert ist die Budgetdisziplin aller Ressort, da sämtliche unter Budget abschliessen konnten. An dieser Stelle möchten wir dem Stadtrat und dem gesamten Personal für die planerische und umsichtige Arbeit danken.

Die SP-Fraktion, welche die Finanzpolitik bestens versteht und auch verfolgt, geht einstimmig dem Antrag des Stadtrates nach und empfiehlt die Jahresrechnung 2020 zu genehmigen.

Mario Senn (FDP) wies darauf hin, dass die verspäteten Steuerausscheidungen einen Vorgesmack darauf lieferten, was Adliswil nach Wegzug des grössten juristischen Steuerzahlers erwarten werde. Er befürchtete, dass weitere Firmen Adliswil verlassen könnten. Ausserdem sei noch nicht klar, welche Auswirkungen Corona auf die Steuereinnahmen haben werde. Zusätzliche Ausgaben wie neue Buslinien oder ein Stadtsaal seien vor diesem Hintergrund nicht möglich. Die aktuellen Bauprojekte seien ein erheblicher Treiber für die Verschuldung der Stadt. Die zeitliche Verschiebung von Investitionen führe zu einer Verengung des finanziellen Spielraums in den kommenden Jahren. Er forderte Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität (wozu Buslinien und eine Stadtsaal offenbar nicht beitragen) und mahnte zur Ausgabendisziplin.

Gabriel Mäder (GLP) sah die privaten Steuerzahler, deren Steuerkraft leicht zugenommen habe, als «stabilen Fels in der Brandung». Die vorgelegte Jahresrechnung bezeichnete er als Übergangsrechnung. Er wies auf die Kostensteigerungen in den Bereichen Bildung und Soziales hin. Die Bauinvestitionen seien beachtlich und würden in den kommenden Jahren zu entsprechend hohen Abschreibungen führen. Dies sah er als Risiko für die künftige Finanzlage an.

Daniel Frei (FW) fragte sich, ob die vorliegende Jahresrechnung eine Wunde oder ein Kratzer darstellte. Er entschied sich für eine «Schürfung». Den Einbruch bei den juristischen Steuerzahlern interpretierte er als Damoklesschwert für die finanzielle Zukunft der Stadt. Auf Senns Absage an neue Buslinien reagierte er mit dem Hinweis, dass es hierzu unterschiedliche Auffassungen gebe.

Stadträtin Karin Fein (FW) wies zu Beginn ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Information über die Überstundensaldi fehle, weil der hierfür definierte Grenzwert nicht überschritten worden sei. Wie würde der RPK die Zahlen aber gerne nachliefern. Zu den verspäteten Steuerausscheidungen bemerkte sie, dass die Ursache nicht immer bei den kantonalen Stellen zu suchen sei, sondern auch bei den Firmen, vor allem wenn sie neue Werkzeuge zur Steuervermeidung einsetzten. Die Verschiebung von Investitionen erklärte sie damit, dass es sehr schwierig sei, den Zeitpunkt von Zahlungen bei Bauprojekten zuverlässig zu prognostizieren. Sie erklärte, dass die Steuerbasis der Stadt nicht nachhaltig sei und man deshalb dazu übergehen müssen, Investitionen zu priorisieren.

Die Jahresrechnung wurde einstimmig bei einer Enthaltung durch einen SVP-Gemeinderat angenommen.

Gebührenordnung

Der Präsident der Sachkommission Walter Übersax (CVP) erläuterte die Beratungen der Gebührenordnung in der vorberatenden Kommission und wies darauf hin, dass die Gebühren für die Einbürgerung zu längeren Diskussionen führten. Der Stadtrat hatte 1500 Franken pro

erwachsenen Antragsteller vorgeschlagen. In der Kommission habe sich die Mehrheit schliesslich für einen halben Gebührensatz von 750 Franken für einzubürgernde Partner ausgesprochen.

Reto Buchmann (FDP) unterstütze die Entscheidung, bei der Einbürgerung für Partner nur die halbe Gebühr zu erheben. Sait Acar (SP) erklärte für die SP-Fraktion:

Die SP bedauert, dass die Gebühren für Einbürgerungen neu nicht mehr pro Dossier, sondern pro erwachsene Person erhoben werden sollen. Dass die Sachkommission vorschlägt, bei einem Ehepartner oder eingetragenen Partner nur die halbe Gebühr einzubeziehen, ist ein kleine Verbesserung gegenüber dem Vorschlag des Stadtrates. Bei Einbürgerungswilligen handelt es sich nicht nur um gutverdienende Mitarbeitende von Google, sondern sie sind in der Mehrzahl finanziell schlechter gestellt.

Wir lehnen auch die Vorstellung ab, dass der Schweizer Pass einem Einbürgerungs-willigen auch etwas Wert sein sollte. Unserer Ansicht nach muss unser Gemeinwesen daran interessiert sein, so viele Menschen mit Migrationshintergrund wie nur möglich zu integrieren und am politischen Leben zu beteiligen. Ein Anteil der Wohnbevölkerung von 25 bis 30 Prozent, der von der Beteiligung am politischen Leben ausgeschlossen ist, führt zu einer Zweiklassengesellschaft.

Ausserdem wird mit der Gebührenordnung für die Einbürgerung das Prinzip verletzt, dass die Gebühren den Aufwand für die Dienstleistung nicht überschreiten soll. Die Erweiterung der Einbürgerung auf einen Partner erhöht die Kosten nicht um 50 Prozent.

Die Gebührenordnung wurde schliesslich einstimmig angenommen.

Zwischenbericht des Stadtrates hinsichtlich seiner Legislaturziele

Für die Geschäftsprüfungskommission trug Renato Jacomet (SVP) den Bericht der GPK zum Zwischenbericht des Stadtrates vor. Er stellte fest, dass der Stadtrat im Grossen und Ganzen auf gutem Weg ist, seine Legislaturziele zu erreichen.

Die GPK würdigte die Tatsache, dass zeitliche Verzögerungen bei Projekten sehr häufig von aussen verursacht werden bzw. dass der Stadtrat die Rahmenbedingungen für den das Verfolgen seiner Ziele nicht immer beeinflussen kann. Sie kritisierte jedoch, dass eine Reihe von Zielformulierungen sehr vage und deshalb nicht geeignet als Basis für eine Standortbestimmung seien. Darüber hinaus wünschte sie, dass der Stadtrat bei zukünftigen Berichten zum Stand seiner Legislaturziele aufzeigen könnte, nach welchen Kriterien er die Resultate seiner Arbeit einstuft.

Florian Kälin (CVP) bestätigte die Einschätzung der GPK, dass der Stadtrat überwiegend gute Arbeit geleistet habe. Aber auch er bemängelte die Fortschrittskriterien im Zwischenbericht: «Entweder auf Kurs oder nicht auf Kurs. Teilweise auf Kurs ist wie teilweise schwanger.» Ausserdem regte er an, das Baufeld B2 im Quartier Dietlimoos, welches der Stadt gehört, als weitere Reservefläche vorzusehen. Da noch lange nicht alle Wohneinheiten im Quartier erstellt seien, könne man die Bedürfnisse der Quartierbewohner noch nicht zuverlässig einschätzen. Hanspeter Clesle (EVP) bemängelte, dass der Stadtrat seinen Zwischenbericht nicht dem Parlament vorgelegt habe. Er zeigte sich jedoch schlecht informiert, als er davon ausging, dass das Büro die GPK mit der Prüfung des Zwischenberichts beauftragt habe. Die GPK ist laut Geschäftsordnung zuständig für diese Prüfung und ist selbständig tätig geworden. Auch seine Einschätzung, bei Unklarheiten könne die GPK ja die jeweiligen Stadträte befragen, traf nicht den Punkt. Die GPK vertrat die Ansicht, dass der Zwischenbericht des Stadtrates, der sich ja an die breite Öffentlichkeit richten soll, transparent und verständlich sein soll. Leider hat der Referent der GPK diese Fehleinschätzungen Clesles nicht richtiggestellt.

Am Ende der Sitzung wurde der Gemeinderat Keith Wyss (SVP) verabschiedet, der aus beruflichen Gründen Adliswil verlässt und deshalb aus dem Grossen Gemeinderat ausscheidet. Die Sitzung endete bereits nach weniger als drei Stunden – wahrscheinlich ein neuer Rekord!